

20 Jahre Friedliche Revolution: Wittenberger Bürger ziehen Bilanz

Ergebnisse einer Umfrage im Rahmen der 5. Promovierendentage zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte, Stiftung Leucorea, 23.-26. Juli 2009

Ralph Richter¹

Vom 23. bis zum 26. Juli 2009 fanden in der Stiftung Leucorea die 5. Promovierendentage zur deutschen Zeitgeschichte statt. Das Institut für Hochschulforschung Wittenberg (HoF) und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatten dazu 14 Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in die Lutherstadt eingeladen. Im Mittelpunkt des Programms stand, sich mit Theorie und Praxis von Meinungsumfragen zu zeithistorischen Themen vertraut zu machen.

Aus Anlass des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution wurde eine Umfrage entwickelt, mit der Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern aus Wittenberg und Umgebung zum Thema DDR, zum Umbruch des Jahres 1989 und zur deutschen Einheit erhoben wurden. Die Umfrage wurde am Samstag, den 25. Juli 2009 an sechs Plätzen mit hohem Passantenaufkommen durchgeführt, wobei der Schwerpunkt in der Wittenberger Innenstadt lag. Die gewählte Erhebungstechnik ermöglichte keine repräsentative Stichprobenauswahl; gleichwohl gewähren die Ergebnisse der Umfrage Einblicke in das Meinungsbild der mittleren und älteren Generationen in Wittenberg und Umgebung.

Inhalt:

1. Beschreibung der Umfrageergebnisse	2
Die Befragten	2
Die Wittenberger und die Friedliche Revolution	2
Bilanz nach fast zwei Jahrzehnten deutscher Einheit	4
Der Blick zurück auf die DDR	6
Back in the GDR?	8
2. Erklärungen der Umfrageergebnisse	9
Weshalb haben die Wittenberger im Herbst 1989 demonstriert?	9
Was bewegt manche Wittenberger, ein stärkeres Erinnern an die friedliche Revolution in ihrer Stadt zu fordern?	10
Weshalb betrachten manche Befragte die DDR als Unrechtsstaat und andere nicht?	11
14,5 Prozent der Befragten wünschen sich zurück in die DDR. Was sind die Gründe für diese Sehnsucht?	14
Unter welchen Bedingungen stimmen Befragte der These zu, die innere Einheit zwischen Ost und West sei heute hergestellt?	15
Wie erklärt sich das Urteil vieler Befragter, dass 19 Jahre deutsche Einheit für Wittenberg mehr Vorteile als Nachteile brachten?	17
3. Resümee	20

¹ Institut für Soziologie der Universität Leipzig; wissenschaftliche Leitung des Workshops und Redaktion des Abschlussberichts

1. Beschreibung der Umfrageergebnisse

Die Befragten

Im Rahmen der Erhebung wurden 146 Bürgerinnen und Bürger aus Wittenberg und Umgebung befragt. 72 der Befragten sind Männer, 74 Frauen. Bei der Umfrage wurden nur Personen berücksichtigt, die heute 30 Jahre und älter sind und daher die DDR noch bewusst erlebt haben. Das Durchschnittsalter der Befragten beträgt 60 Jahre. 26 Prozent der Befragten waren 1989 30 Jahre und jünger, 25 Prozent zwischen 31 und 40 Jahre alt, 27 Prozent zwischen 41 und 50, 21 Prozent älter als 50 Jahre.

31 Prozent der Befragten können auf eine Hochschulausbildung verweisen, 67 Prozent verfügen über eine Fachschul- bzw. Berufsausbildung und 2 Prozent geben an, über keinen Ausbildungsabschluss zu verfügen. Von den Befragten gehen 46 Prozent einer Erwerbstätigkeit nach, 41 Prozent beziehen Rente, 5 Prozent sind als Hausfrau/Hausmann tätig und 5 Prozent sind arbeitslos².

Die Befragung richtete sich ausschließlich an Wittenberger und die Bewohner des umliegenden Landkreises. Von diesen lebten 92 Prozent bereits 1989 in Wittenberg und Umgebung, 4 Prozent sind seitdem aus anderen Regionen Ostdeutschlands zugewandert, 3 Prozent aus Westdeutschland und rund 1 Prozent (das entspricht einem Befragten) aus dem Ausland. Touristen, von denen es in der Wittenberger Innenstadt sehr viele gibt, wurden nicht befragt.

Die Wittenberger und die Friedliche Revolution

„Wende“ oder „Friedliche Revolution“? 52 Prozent der Wittenberger bezeichnen die Ereignisse im Herbst 1989 im Alltagssprachgebrauch als „Wende“. 16 Prozent akzeptieren den Begriff „Friedliche Revolution“, 13 Prozent ziehen den Begriff „Mauerfall“ in ihren Gesprächen mit Verwandten und Freunden vor.

Auf die ungestützte Frage, welche erste Assoziation die Befragten haben, wenn sie an den Herbst 1989 zurück denken, können 125 von 146 Interviewpartnern eine Angabe machen. Unter diesen denken 30 Prozent an die friedlichen Demonstrationen oder an andere Ereignisse, die in Zusammenhang mit den Protesten stehen (Plakate malen, Diskussionen führen). 22 Prozent verweisen auf Gefühle und Werte, darunter sowohl positive (Aufbruchstimmung, Freude, Freiheit) als auch negative (Unsicherheit, Unruhen, Angst) und neutrale (Veränderungen, Überraschung). Weitere 12 Prozent denken vordergründig an die positiven und negativen Folgen (Reisen, Aufbau der Stadt, Arbeitslosigkeit) und 10 Prozent an die Rolle der Kirche. Angesichts der Bedeutung, die die Kirchen als Orte von Friedensgebeten, freier Meinungsäußerung und als Ausgangspunkte der Demonstrationen hatten, ist das ein

² Der Anteil der Arbeitslosen liegt unter dem offiziellen Wert für Wittenberg. Der Hauptgrund dafür ist, dass an der Befragung nur Personen ab einem Alter von 30 Jahren teilnehmen konnten. Die Altersverschiebung führt zu einem erhöhten Anteil von Rentnern und zu einem geringeren Anteil Arbeitsloser in der Stichprobe.

eher geringer Wert. Ähnliches lässt sich für den Pfarrer Friedrich Schorlemmer feststellen, der weit über Wittenberg hinaus eine Symbolfigur der Friedlichen Revolution ist. Zählt man Erst- und Zweitnennungen zusammen, fällt sein Name nur in 5 Prozent der offenen Antworten.

Blicken die Befragten auf die Zeit des Herbstes 1989 zurück, erinnern sich 71 Prozent daran, dass sie die Friedliche Revolution damals eher oder stark begrüßt haben. Rund 6 Prozent rekapitulieren, dass sie der Entwicklung im Herbst 1989 eher oder stark ablehnend gegenübergestanden hätten. 23 Prozent antworten mit „teils/teils“. Interessant ist nun die Frage, inwieweit es bei Zustimmungen und Ablehnungen Unterschiede zwischen Frauen und Männern, Alten und Jungen, höher und niedriger Gebildeten gibt. Wie sich zeigt, bestehen zwischen den letztgenannten Gruppen kaum nennenswerte Unterschiede. Einzig das Antwortverhalten von Frauen und Männern unterscheidet sich erkennbar (vgl. Abb. 1). Demnach standen Frauen den Ereignissen in der Retrospektive skeptischer gegenüber als Männer. Über die Ursachen für diesen Befund kann viel spekuliert werden. Wir wollen uns an dieser Stelle auf das Darstellen der Ergebnisse beschränken.

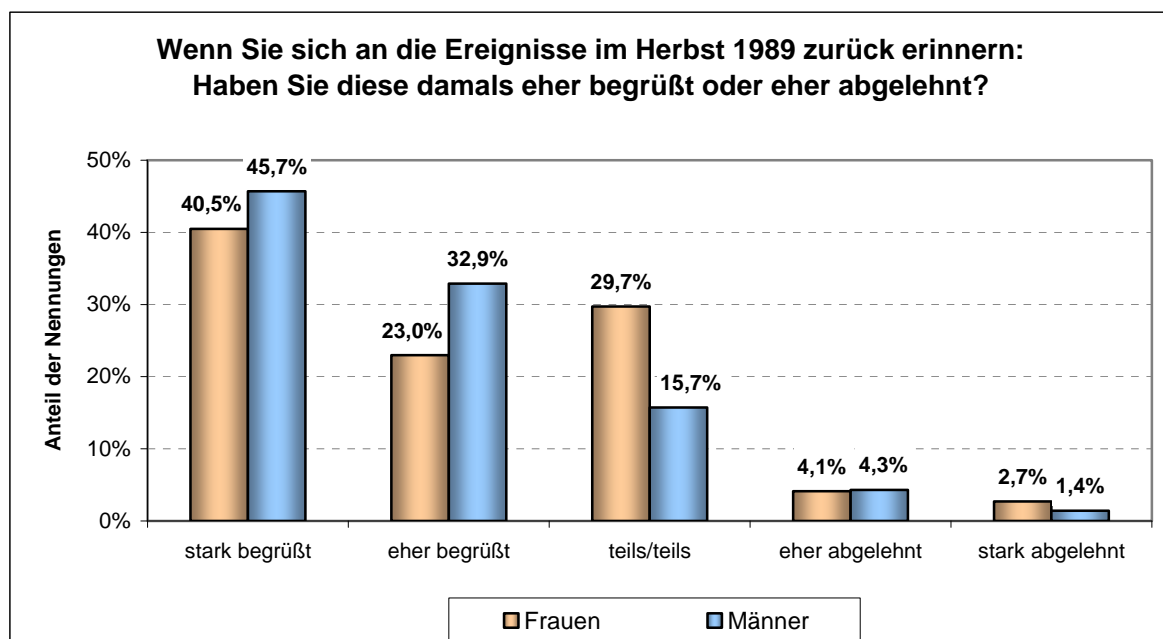


Abbildung 1

Wie hoch ist der Anteil der befragten Wittenberger, die sich 1989 an den Demonstrationen oder anderen Protestformen beteiligt haben? 38 Prozent erklären, sich daran beteiligt zu haben. Gefragt nach den Motiven, dominierte der Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen, darunter die Verwirklichung allgemeiner Werte wie Freiheit und Demokratie, der Wunsch nach Reisefreiheit und die Hoffnung auf die Wiedervereinigung. Weniger häufig bezogen sich die Motive auf die DDR (politische und wirtschaftliche Lage, Gefühl des Eingesperrt seins), auch wenn sich ersteres nicht klar von zweiterem trennen lässt.

Blicken die Befragten auf den Jahreswechsel 1989/90 zurück, erinnern sich 63 Prozent, hoffnungsvoll in die Zukunft geblickt zu haben. Bei 29 Prozent hatten damals die Befürchtungen überwogen. Von jenen, die damals hoffnungsvoll in die Zukunft geblickt hatten, sehen zwanzig Jahre später 51 Prozent ihre Hoffnungen stark oder sehr stark bestätigt, 38 Prozent antworten „teils/teils“, 11 Prozent sagen, ihre Hoffnungen seien überwiegend enttäuscht worden. Von jenen, bei denen zur Jahreswende 1989/90 die Befürchtungen überwogen hatten, fühlen sich 50 Prozent zwei Jahrzehnte später in ihren Befürchtungen überwiegend bestätigt. 33 Prozent bekamen ihre Befürchtungen im Verlauf der letzten 20 Jahre eher oder weitgehend widerlegt. 17 Prozent sind in dieser Frage unentschieden.

38 Prozent der Interviewpartner empfehlen der Stadt Wittenberg – auch im Hinblick auf den Tourismus – stärker an die Friedliche Revolution des Jahres 1989 zu erinnern. Von diesen sprechen sich 46 Prozent dafür aus, dies in Form eines Museums oder einer Ausstellung zu tun. Für Informationstafeln votieren 33 Prozent, für ein Denkmal 14 Prozent.

Bilanz nach fast zwei Jahrzehnten deutscher Einheit

Die Wittenberger fühlen sich in ihrer Stadt wohl: 92 Prozent der Befragten geben an, gern oder sehr gern in der Lutherstadt Wittenberg oder ihrer Umgebung zu wohnen. Lediglich 5 Prozent zeigen sich hier indifferent. 3 Prozent erklären, weniger oder gar nicht gern hier zu wohnen.

Wittenberg hat sich seit 1989 zum Positiven verändert. 77 Prozent der Befragten sind der Auffassung, Wittenberg habe von den 19 Jahren der deutschen Einheit mehr profitiert als verloren; 8 Prozent sind umgekehrter Meinung. 16 Prozent können sich nicht entscheiden. Auch bei Fragen nach dem Stadtbild, der Wohnraumsituation, Umweltbelastung etc. wird ganz überwiegend eine positive Entwicklung konstatiert (vgl. dazu Tabelle 1). Nur im Bereich „Wirtschaft/Arbeit“ sehen 79 Prozent eine Verschlechterung seit 1989, und 61 Prozent konstatieren dies in Bezug auf das „Miteinander der Menschen“.

Auch für sich selbst ziehen die Wittenberger überwiegend eine positive Bilanz der deutschen Einheit. 67 Prozent der Befragten sind der Auffassung, in den vergangenen 19 Jahren mindestens mehr gewonnen als verloren, nicht selten jedoch vor allem gewonnen zu haben. 13 Prozent sehen dagegen überwiegend Verluste. 20 Prozent sehen Gewinne und Verluste in einem ausgewogenen Verhältnis.

Wie hat sich die Stadt Wittenberg seit 1989 in folgenden Punkten verändert?				
	eher zum Positiven	gleich bleibend	eher zum Negativen	Fälle, fehlende Werte
Stadtbild	94,4 %	3,5 %	2,1 %	n=144, mis=2
Infrastruktur/Wohnraum	81,2 %	7,2 %	11,6 %	n=138, mis=8
Kultur/Freizeit	72,1 %	17,1 %	10,7 %	n=140, mis=6
Umweltbelastung	77,9 %	14,7 %	7,4 %	n=136, mis=10
Wirtschaft/Arbeitsplätze	10,4 %	10,4 %	79,1 %	n=134, mis=12
Ruf der Stadt/Image	73,5 %	22,0 %	4,5 %	n=132, mis=14
Miteinander	15,6 %	23,7 %	60,7 %	n=135, mis=11

Tabelle 1

Aussagen zur Auffassung der Befragten zum Thema „innere Einheit“, zur Unterscheidung zwischen „Wessis“ und „Ossis“ und anderem finden sich in Tabelle 2.

Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu?						
	stimme voll zu	stimme eher zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	Fälle, fehlende Werte
„Es ist zusammen gewachsen, was zusammen gehört‘ ist heute Wirklichkeit geworden!“	15,5 %	19,0 %	31,7 %	18,3 %	15,5 %	n=142, mis=4
"Die Solidarität in meinem persönlichen Umfeld hat seit 1989 stark abgenommen."	16,3 %	24,1 %	20,6 %	17,0 %	22,0 %	n=141, mis=5
"Die Gesellschaft bietet heute mehr Chancen als 1989."	29,6 %	23,9 %	30,3 %	11,3 %	4,9 %	n=142, mis=4
"Für mich persönlich spielt die Unterscheidung von Ossis und Wessis keine Rolle."	68,5 %	8,4 %	4,9 %	11,2 %	7,0 %	n=143, mis=3

Tabelle 2

Der Blick zurück auf die DDR

Viel wird im Moment in der Öffentlichkeit darüber gestritten, wie das System, das 1989 in der DDR überwunden wurde, bezeichnet werden sollte. 54 Prozent der Befragten aus Wittenberg und Umgebung können der Bezeichnung zustimmen, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. Aus Sicht von 91 Prozent der Befragten hatte die SED in der DDR eine Diktatur errichtet. Gleichzeitig finden sich 22 Prozent, die der Aussage zustimmen, „Die DDR war ein demokratischer Staat“ (vgl. Tabelle 3). Setzt man die Antworten miteinander in Beziehung, dann ergibt sich eine Schnittmenge von 7 Prozent der Befragten, die sowohl der Aussage zum Unrechtsstaat als auch der Aussage zum demokratischen Staat zustimmen. Das scheinbar widersprüchliche Antwortverhalten könnte auf Akquieszenz zurück zu führen sein, d.h. auf die Tendenz mancher Befragter, unabhängig vom Inhalt positive Antworten zu geben. Unterscheidet man die Antworten zum Unrechtsstaatsbegriff zwischen Personen mit einem Hochschulabschluss und Befragten, die auf einen Fachschulabschluss oder eine Berufsausbildung verweisen können, zeigen sich deutliche Unterschiede: Nur 38 Prozent der Akademiker können sich mit dem Begriff des „Unrechtsstaates“ anfreunden. Demgegenüber sprechen sich 61 Prozent der Befragten mit Fachschul- bzw. Berufsausbildung für diesen Begriff aus.

In der Debatte über die DDR werden verschiedene Begriffe benutzt, um die DDR zu charakterisieren: Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu?					
	stimme voll zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	Fälle, fehlende Werte
„Die DDR war ein Unrechtsstaat.“	27,7 %	26,2 %	29,8 %	16,3 %	n=141, mis=5
„Die DDR war ein sozialer Staat.“	45,3 %	44,6 %	5,8 %	4,3 %	n=139, mis=7
„Die DDR war die Diktatur der SED.“	71,2 %	19,4 %	6,5 %	2,9 %	n=139, mis=7
„Die DDR war ein demokratischer Staat.“	5,0 %	16,5 %	35,3 %	43,2 %	n=139, mis=7

Tabelle 3

Fragt man, wie in der Rückschau die Reisemöglichkeiten, die Meinungsfreiheit und die Versorgungssituation in der DDR eingeschätzt werden, so sind die Antworten überwiegend illusionslos, wie aus Tabelle 4 hervor geht.

Wie zufrieden waren Sie persönlich in der DDR mit...						
	sehr zufrieden	zufrieden	teils/teils	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	Fälle, fehlende Werte
Reisemöglichkeiten	5,1 %	24,3 %	17,6 %	18,4 %	34,6 %	n=136, mis=10
Meinungsfreiheit	2,3 %	14,6 %	19,2 %	27,7 %	36,2 %	n=130, mis=16
politische Mitgestaltungsmöglichkeiten	1,6 %	12,7 %	27,8 %	19,8 %	38,1 %	n=126, mis=20
soziale Sicherheit (Arbeitsplatz, Ausbildung, Gesundheitssystem)	54,7 %	38,7 %	3,6 %	2,2 %	0,7 %	n=137, mis=9
Versorgungssituation	6,6 %	24,8 %	30,7 %	21,2 %	16,8 %	n=137, mis=9

Tabelle 4

Neben den Kritikpunkten betonen die Interviewpartner aber auch die sozialen Leistungen des untergegangenen Systems. So erklären in der Rückschau 93 Prozent, sie seien mit der sozialen Sicherheit zufrieden gewesen. Und so verwundert es nicht, wenn – wie in Abbildung 2 sichtbar – nur wenig mehr als die Hälfte der Befragten äußert, sie sei mit der DDR der 1980er Jahre eher unzufrieden gewesen.

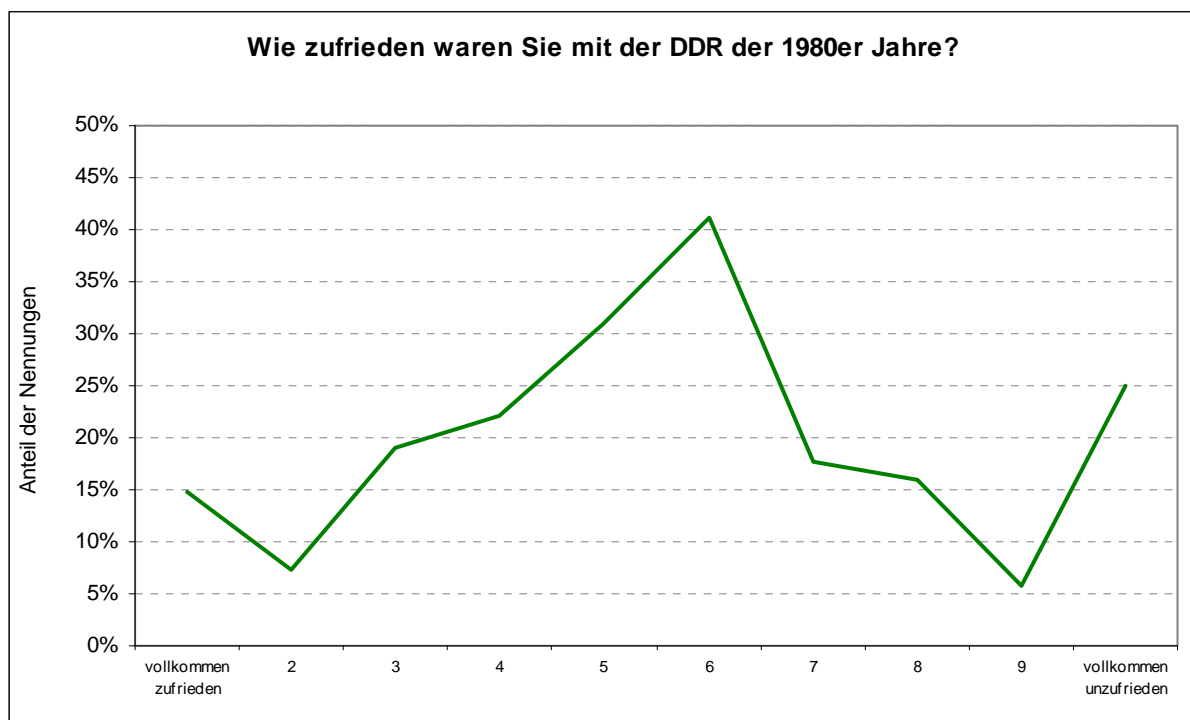


Abbildung 2

Wie auch immer die DDR im Einzelnen erinnert wird, 40 Prozent der Befragten sagen, die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit in der Öffentlichkeit würde vom Umfang her „genau richtig“ erfolgen, 37 Prozent sind der Meinung, die DDR-Geschichte würde zu wenig, 23 Prozent finden, sie würde zu viel thematisiert.

Back in the GDR?

Die Abschlussfrage lautete: „Wenn Sie die Wahl hätten, würden Sie wieder in der DDR leben wollen?“ 15 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger aus Wittenberg und Umgebung beantworten diese Frage mit „ja“. Dieser Befund gilt im Wesentlichen für alle Altersgruppen. Einen nostalgischen Blick auf das DDR-System, wie er teils in anderen Umfragen festgestellt wird, haben wir beiden wenigsten Wittenbergern gefunden.

2. Erklärungen der Umfrageergebnisse

Im ersten Abschnitt wurde beschrieben, was die befragten Wittenberger über die friedliche Revolution, über die Folgen der deutschen Einheit und über die ehemalige DDR denken. Im Folgenden wollen wir einen Schritt weiter gehen und nach Erklärungen für das Denken und Handeln der Wittenberger suchen. Weshalb haben die Wittenberger im Herbst 1989 demonstriert? Weshalb sehen manche die DDR als Unrechtsstaat und andere nicht? Weshalb können sich manche vorstellen, wieder in der DDR zu leben? Um Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden, haben wir die Umfragedaten mit weiterführenden statistischen Verfahren (Varianz-, Kontingenz-, Korrelations- und Regressionsanalysen) ausgewertet.

Weshalb haben die Wittenberger im Herbst 1989 demonstriert?

Wie wir im ersten Teil gezeigt haben, hat sich ein reichliches Drittel der Befragten im Herbst 1989 an den friedlichen Demonstrationen beteiligt. Was waren die Gründe für dieses Engagement, das insbesondere zu Beginn der friedlichen Revolution mit großem persönlichen Risiko verbunden war? In der Befragung haben wir retrospektiv die Einstellungen gegenüber verschiedenen Merkmalen der DDR erfragt, um daraus auf die Teilnahmebereitschaft an Demonstrationen zu schließen. Tabelle 5 zeigt die Ergebnisse des Varianztests.

Ursachen des Protestverhaltens im Herbst 1989 Mittelwertvergleich, Varianztest			
abhängige Variable unabhängige Variablen	Haben Sie im Herbst 1989 auf der Straße demonstriert oder waren Sie an anderen Protestformen beteiligt?		
In der DDR (un-)zufrieden mit...	Ja (Mittelwert)	Nein (Mittelwert)	F-Test (Signifikanz)
politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten*	4,21	3,49	13,3 (.000)
Meinungsfreiheit*	4,20	3,50	12,7 (.001)
Versorgungssituation*	3,55	2,93	9,9 (.002)
Reisemöglichkeiten*	3,91	3,28	7,9 (.006)
sozialer Sicherheit*	1,69	1,46	3,2 (.078)
* gemessen auf 5er-Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)			

Tabelle 5

Zunächst fällt auf, dass die Mittelwerte in der ja-Spalte höher sind als jene in der nein-Spalte. Das bedeutet, dass jene, die im Herbst 1989 demonstriert haben, durchweg unzufriedener mit der Situation in der DDR waren. In abnehmender Stärke bezog sich die Unzufriedenheit auf die politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten, auf die Meinungsfreiheit, auf die Reisemöglichkeiten und auf die Versorgungssituation. Eine Ausnahme bildet die soziale Sicherheit, über die sich die Befragten insgesamt eher zufrieden zeigen.

Je größer nun die Varianz zwischen den beiden Gruppen der Demonstranten und der Nicht-Demonstranten für die jeweiligen Merkmale ist, desto eher erklärt die Unzufriedenheit mit dem entsprechenden Merkmal die Beteiligung am Protest. Mit dem F-Test wird dieser Zusammenhang quantifiziert. Dabei zeigt sich, dass die Unzufriedenheit mit den politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten und mit der Meinungsfreiheit in der DDR den größten Einfluss auf die Teilnahme an Demonstrationen und anderen Protestformen hatte. Etwas geringeren Einfluss hatte die Unzufriedenheit mit der Versorgungssituation, gefolgt vom Ärger über mangelnde Reisemöglichkeiten. Einzig die Bewertung der sozialen Sicherheit blieb ohne signifikanten Einfluss auf die Demonstrationsteilnahme. Zusammenfassend kann also gesagt werden: **Wenn Menschen in der DDR unzufrieden mit den politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten und der Meinungsfreiheit, mit der Versorgungslage und der Reisefreiheit waren, dann haben sie sich mit größerer Wahrscheinlichkeit an den Protesten im Herbst 1989 beteiligt, als wenn sie mit den genannten Punkten eher zufrieden waren.**

Was bewegt manche Wittenberger, ein stärkeres Erinnern an die friedliche Revolution in ihrer Stadt zu fordern?

Im Jahr 20 nach der friedlichen Revolution wird in der Bundesrepublik in vielfältiger Weise an die damaligen Ereignisse erinnert. In Wittenberg fehlten zum Zeitpunkt der Befragung solche Formen öffentlichen Erinnerns (eine geplante Ausstellung sollte erst rund zwei Monate später eröffnet werden). Wir wollten deshalb von den Wittenbergern wissen, inwiefern sie ein stärkeres öffentliches Gedenken an die friedliche Revolution begrüßen oder ablehnen würden. Wie wir bereits sahen, spricht sich nur eine Minderheit (38,2 %) für ein stärkeres Erinnern an die friedliche Revolution aus. Um die Ursachen für dieses Votum zu untersuchen, prüften wir zunächst anhand von Varianztests, in welchen Merkmalen die Gruppen der Befürworter und der Gegner voneinander abweichen. Dabei zeigte sich, dass sich beide Gruppen einzig in einem Punkt unterscheiden: Die Befürworter stärkeren Erinnerns charakterisieren die DDR eher kritisch (als Unrechtsstaat, als undemokratisch und wenig sozial), während die Gegner öffentlichen Erinnerns gegenüber der DDR weniger kritisch sind. Da der Befund wenig aussagekräftig ist, soll zusätzlich der Zusammenhang zwischen der Beteiligung am Protest im Jahr 1989 und der Befürwortung des Erinnerns mit einer Kreuztabelle und einem Test auf Ungleichheit überprüft werden (vgl. Tabelle 6).

Protestverhalten 1989 und Befürwortung öffentlichen Gedenkens an friedliche Revolution Kreuztabelle, Kontingenzanalyse			
Teilnahme an Demonstrationen oder anderen Protestformen im Herbst 1989	Sollte die Stadt Wittenberg – auch aus Tourismusgründen – stärker an die Ereignisse von 1989 erinnern?		Summe
	ja	nein	
Ja (Anteil an Protestlern)	26 (48,1 %)	28 (51,9 %)	54 (100 %)
Nein (Anteil an Nicht-Protestlern)	26 (34,2 %)	50 (65,8 %)	76 (100 %)
Summe	52	78	130
Chi-Quadrat (Signifikanz)	2,56 (,110)		

Tabelle 6

Tabelle 6 weist aus, dass unter jenen, die im Jahr 1989 protestiert haben, knapp die Hälfte (48,1 %) ein stärkeres öffentliches Erinnern befürwortet, während etwas mehr als jeder Zweite ein stärkeres Gedenken ablehnt. Hält man nun die Antworten derjenigen dagegen, die sich 1989 nicht an Protesten beteiligten, so ergeben sich erkennbare Differenzen. So sinkt die Zustimmungsrates bei den Nichtprotestierern auf rund ein Drittel. Mit anderen Worten: Die ehemaligen Protestteilnehmer neigen eher dazu, einem stärkeren öffentlichen Erinnern zuzustimmen als die Nichtteilnehmer. Dieser Zusammenhang ist jedoch nur schwach ausgeprägt und im statistischen Sinn nicht signifikant, wie der Test auf Ungleichheit (Chi-Quadrat) zeigt. Was sagen uns diese Ergebnisse? **Offenbar ist die Frage öffentlichen Erinnerns an die friedliche Revolution unter den befragten Wittenbergern eher von geringem Interesse. Dies gilt selbst für viele, die an den Ereignissen persönlich beteiligt waren.**

Weshalb betrachten manche Befragte die DDR als Unrechtsstaat und andere nicht?

In den zurück liegenden Monaten gab es eine öffentliche Debatte darüber, ob die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet werden soll bzw. kann oder nicht. Für unsere Erhebung ist das sowohl inhaltlich als auch methodisch von Interesse. Generell ist es zu empfehlen, theoretisch relevante Sachverhalte möglichst alltagsnah zu operationalisieren. Hierfür können sich öffentliche Diskussionen wie jene über den Unrechtsstaatsbegriff anbieten. Häufig werden Befragte im Vorfeld von der Debatte erfahren und sich im Idealfall eine Meinung dazu gebildet haben. Die Antworten auf kontroverse Fragen sind daher oft weniger willkürlich und lassen bessere Schlüsse auf die zugrund liegenden Einstellungen zu. Im

vorliegenden Fall wollten wir von den Befragten wissen, inwiefern sie der Aussage, die DDR sei ein Unrechtsstaat, zustimmen oder inwiefern sie diese ablehnen.

Wie wir bereits gezeigt hatten, sind die Gruppen der Zustimmenden und der Ablehnenden etwa gleich groß (53,9 % Zustimmung, 46,1 % Ablehnung). Um den Ursachen für Zustimmung oder Ablehnung nachzugehen, haben wir eine Reihe von Erklärungsvariablen mit dem Unrechtsbegriff in Beziehung gesetzt. Das sind im Wesentlichen die Bewertung der DDR (Unzufriedenheit allgemein und mit sozialer Sicherheit speziell), die Haltung gegenüber der aktuellen Erinnerungsdebatte (zu wenig Beschäftigung mit der DDR) sowie die Zufriedenheit mit dem Zustand der Bundesrepublik (innere Einheit hergestellt, heute größere Chancen als 1989).

Die Zusammenhänge haben wir zunächst im Korrelationstest überprüft, um diese im zweiten Schritt in ein Regressionsmodell zu überführen. Die Regressionsanalyse hat dabei den Vorteil, dass Ursache-Wirkungszusammenhänge nicht nur zwischen zwei Variablen geprüft werden können, sondern viele ursächliche Merkmale (unabhängige Variablen) in ihrer Wirkung auf das zu erklärende Merkmal (abhängige Variable) getestet werden. Da sich die unabhängigen Variablen untereinander kontrollieren, kommen die Ergebnisse den realen Erklärungsanteilen näher als in anderen Verfahren, wie bspw. dem Korrelationstest. Tabelle 7 zeigt nun, welche unabhängigen Merkmale in welchem Umfang die Zustimmung der Befragten zum Unrechtsstaatsbegriff erklären können.

Ursachen für die Beurteilung der DDR als Unrechtsstaat Korrelation, Regressionsanalyse		
abhängige Variable	Beurteilung der DDR als Unrechtsstaat	
unabhängige Variablen	Korrelationen (r)	Regressionsmodell (standardisiertes Beta)
Unzufriedenheit mit DDR generell	,41**	,37**
Unzufriedenheit mit sozialer Sicherheit in DDR	,30**	,26*
zu wenig Beschäftigung mit DDR-Vergangenheit	,19*	,22**
Gesellschaft bietet heute mehr Chancen als 1989	,20*	
innere Einheit ist hergestellt	,17*	
niedriger Ausbildungsab- schluss	,27**	,32**
Angepasstes R ² N (einbezogene Fälle)		,32** (120)

Tabelle 7

Zunächst betrachten wir die Ergebnisse der Korrelationstests. Jede der unabhängigen Variablen scheint mit der Entscheidung für den Unrechtsstaatsbegriff in Zusammenhang zu stehen. Am deutlichsten wird das bei der Unzufriedenheit mit der DDR. (Die zwei Sterne weisen auf die hohe Signifikanz des Zusammenhangs hin.) Der geringste Zusammenhang scheint zwischen der Überzeugung, die innere Einheit sei heute hergestellt und dem Unrechtsstaatsbegriff zu existieren. Überführt man die Variablen nun in das Regressionsmodell, so zeigt sich, dass unter Kontrolle der anderen unabhängigen Variablen nur noch ein Teil der Erklärungsvariablen aussagekräftig ist. Der hohe Erklärungsanteil der generellen Unzufriedenheit mit der DDR bleibt erhalten. Unabhängig von dieser besitzt auch die Unzufriedenheit mit der sozialen Sicherheit in der DDR einen eigenen Erklärungsanteil. Wie ist das zu interpretieren?

Dem Merkmal allgemeine Unzufriedenheit liegen eine Reihe von Indikatoren (fehlende Reisemöglichkeiten, keine Meinungsfreiheit u.a.) zugrunde, über die bei vielen Menschen Konsens herrscht. Im Gegensatz dazu wird die Unzufriedenheit mit fehlender sozialer Sicherheit in der DDR nur von wenigen Menschen geteilt (vgl. Tabelle 3). Jene, die dem dennoch zustimmen, empfinden womöglich eine tiefgehende Abneigung gegenüber dem DDR-System, die noch weiter geht als die auch objektiv bejahbaren Unzulänglichkeiten des Systems.

Interessant ist ein weiterer Zusammenhang: Er besagt, dass jene, die gegenwärtig eine zu geringe Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit in der Öffentlichkeit sehen, dem Unrechtsstaatsbegriff eher zustimmen. Man könnte dies so interpretieren, dass die gegenwärtige Aufarbeitungsdebatte noch als unzureichend betrachtet wird, weil diese noch nicht stark genug den Unrechtscharakter des DDR-Regimes herausgearbeitet hat. Schließlich ergibt sich in unserem Regressionsmodell ein Hinweis auf eine Beziehung zwischen der Höhe des Bildungsgrades und dem Unrechtsstaatsbegriffs. Demnach antworten Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss (ohne Abschluss oder mit Berufsausbildung) bevorzugt zustimmend auf den Unrechtsstaatsbegriff, während Akademiker den Begriff eher ablehnen (vgl. Abschnitt 1). Der Befund könnte sich dadurch erklären, dass Befragte mit Hochschulabschluss wegen der gebotenen Bildungs- und Aufstiegschancen eine höhere Identifikation mit der DDR empfanden. Diese könnte noch heute dazu führen, dass dem als abwertend empfundenen Unrechtsstaatsbegriff weniger zugestimmt wird.

Ein Blick in die letzte Spalte von Tabelle 7 gibt Aufschluss über die Erklärungskraft des Modells. Das angepasste R^2 hat einen Wert von 0,32 was besagt, dass unsere Variablen etwa ein Drittel der Varianz der Zielvariablen erklären können. Zwei Drittel der Gründe, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen, bleiben dagegen im Dunkeln. Für ein Regressionsmodell ist das ein zufrieden stellender Aufklärungswert. Dem Modell liegen in unserer Befragung 120 Fälle zugrunde. Die Differenz zur Gesamtstichprobe (146 Befragte) erklärt sich durch fehlende Angaben einzelner Befragter sowie durch den Ausschluss jener, die 1989 nicht auf dem Gebiet der DDR gelebt haben. Letztere können die Fragen zur Zufriedenheit mit dem Leben in der DDR nicht sinnvoll beantworten, so dass hier die Konzentration auf Befragte mit ostdeutscher Herkunft angemessen erscheint.

Bezogen auf die Verwendung des Unrechtsstaatsbegriffs lässt sich abschließend feststellen, dass **Menschen die DDR um so eher als Unrechtsstaat bezeichnen, je unzufriedener sie mit der DDR im Allgemeinen und mit der sozialen Sicherheit im Besonderen waren. Akademiker neigen weniger zur Verwendung des Unrechtsstaatsbegriffs als Befragte mit einer Berufsausbildung. Schließlich besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Zustimmung zum Unrechtsstaatsbegriff und der Überzeugung, es gäbe Defizite in der Intensität der Aufarbeitungsdebatte.**

14,5 Prozent der Befragten wünschen sich zurück in die DDR. Was sind die Gründe für diese Sehnsucht?

Der Anteil der Befragten, die sich ein Leben in der DDR zurück wünschen, ist relativ gering. Dennoch stellt sich die Frage, was Menschen zu diesem Wunsch bewegt. Theoretisch erscheinen uns drei Erklärungsstränge plausibel. Der erste bezieht sich auf die Erfahrungen des Befragten mit dem Leben in der Bundesrepublik. Werden diese Erfahrungen eher negativ bewertet, dann könnte das die Sehnsucht nach der DDR erklären. Der zweite Erklärungsstrang bezieht sich auf die Bewertung der friedlichen Revo-

Ursachen für den Wunsch nach einem Leben in der DDR Mittelwertvergleich, Varianztest			
abhängige Variable	Wenn Sie die Wahl hätten, würden Sie wieder in der DDR leben wollen?		
unabhängige Variablen	Ja (Mittelwert)	Nein (Mittelwert)	F-Test (Signifikanz)
19 Jahre deutsche Einheit persönlich eher Gewinn/Verlust ¹	3,47	1,95	42,7 (,000)
friedliche Revolution eher begrüßt/abgelehnt ²	2,74	1,83	13,9 (,000)
Bewertung der DDR allgemein ³	3,04	3,73	7,7 (,006)

¹ gemessen auf 5er-Skala von 1 (vor allem Gewinn) bis 5 (vor allem Verlust)
² gemessen auf 5er-Skala von 1 (stark begrüßt) bis 5 (stark abgelehnt)
³ gemessen auf 5er-Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)

Tabelle 8

lution. Wurde diese abgelehnt, so wäre das ebenfalls eine plausible Erklärung. Der dritte Erklärungsstrang hängt eng mit dieser Haltung zur friedlichen Revolution zusammen. Es kann angenommen werden, dass positive Erinnerungen an das Leben in der DDR den Wunsch nach einer Rückkehr her-

vorrufen. Interessant wäre nun die Frage, welcher der drei Erklärungsstränge die Sehnsucht nach der DDR am besten erklärt. Um dieser Frage nachzugehen, haben wir geeignete Variablen in Hinblick auf die Gruppen der „Rückkehrwilligen“ und der Nicht-„Rückkehrwilligen“ auf Varianz getestet.

Der Varianztest liefert ein deutliches Ergebnis. Mit Abstand am besten erklärt sich die Sehnsucht nach der DDR durch die persönliche Bilanz im wiedervereinigten Deutschland. Befragte, die ihr Leben in der Bundesrepublik eher als Verlust betrachten, wünschen sich ein Leben in der DDR deutlich häufiger zurück, als jene, die sich mit dem neuen System arrangiert haben. Mit weitem Abstand dahinter scheint die Haltung zur friedlichen Revolution die Sehnsucht nach der DDR zu erklären. Jene, die sich in die DDR zurück wünschen, haben die friedliche Revolution im Herbst 1989 häufiger abgelehnt als Befragte ohne „Rückkehrabsicht“. Bemerkenswert ist die vergleichsweise geringe Erklärungskraft der Bewertung der DDR. Befragte, die die DDR wieder haben möchten, zeigen sich zwar zufriedener mit der damaligen Reise- und Meinungsfreiheit, mit den politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten und der Versorgungssituation. Jedoch hebt sich das Urteil nicht in der erwarteten Deutlichkeit von den Urteilen der Nicht-„Rückkehrwilligen“ ab. Vielleicht sind die Unzulänglichkeiten der DDR aus heutiger Sicht doch zu offensichtlich, um sich größeren Illusionen hinzugeben.

Insgesamt lässt sich also sagen, dass **die Sehnsucht nach der DDR deutlich stärker von der Unzufriedenheit mit der eigenen Situation in der bundesdeutschen Gegenwart getragen ist als vom Verlust der tatsächlichen oder vermeintlichen Errungenschaften der DDR**. Stünde eine Rückkehr in die DDR wirklich zur Debatte, so würde diese wohl allenfalls dann angetreten werden, wenn sie inklusive heutiger Freiheiten und Rechte zu haben wäre.

Unter welchen Bedingungen stimmen Befragte der These zu, die innere Einheit zwischen Ost und West sei heute hergestellt?

In Tabelle 2 hatten wir gezeigt, dass sich die Interviewpartner in ihrer Haltung zur Frage, ob heute „zusammengewachsen ist, was zusammen gehört“ in drei etwa gleich große Gruppen aufteilen. Rund ein Drittel sieht die innere Einheit heute weitgehend hergestellt, ein weiteres Drittel sieht mehr Trennendes als Gemeinsames und das übrige Drittel ist sich uneins zwischen diesen Positionen. Wenn sich die öffentliche Meinung in dieser Frage derart gespalten zeigt, dann wäre es interessant zu erfahren, was die Gründe dafür sind.

Theoretisch erscheinen drei Begründungszusammenhänge plausibel. Zum einen könnte die Haltung zur inneren Einheit davon beeinflusst sein, wie die Befragten die DDR bewerten. Eine kritische Haltung zur DDR (Unzufriedenheit, Unrechtsstaat) könnte die Zustimmung zur These der inneren Einheit erleichtern, insofern es sich bei der Bewertung der beiden Gesellschaftssysteme um konträre Beurteilungsmuster handelt. Ein nahe liegender Begründungszusammenhang besteht zwischen der Beurteilung des heutigen Gesellschaftssystems und der Frage der inneren Einheit. Sehen die Befragten in der heutigen Gesellschaft größere Chancen als vor zwanzig Jahren oder betrachten sie die deutsche

Einheit für die Region, in der sie leben, eher als Gewinn denn als Verlust, dann liegt der Schluss nahe, dass sie die innere Einheit heute eher verwirklicht sehen als jene, die die genannten Kriterien nicht erfüllen. Schließlich kann angenommen werden, dass das Ausmaß, in dem sich die Befragten selbst als Gewinner oder Verlierer der Wende betrachten oder in dem sie sich in die heutige Gesellschaft integriert sehen, Einfluss auf die Haltung zur inneren Einheit hat. Konkret: Je eher Befragte die deutsche Einheit persönlich als Gewinn und nicht als Verlust betrachten und je weniger sie persönlich eine Unterscheidung zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen treffen, desto eher werden sie die innere Einheit zwischen Ost und West hergestellt sehen. In Tabelle 9 sind die Ergebnisse der Korrelations- und Regressionstests dargestellt.

Ursachen für die Überzeugung, die innere Einheit zwischen Ost und West sei heute hergestellt		
Korrelation, Regressionsanalyse		
abhängige Variable	innere Einheit ist heute hergestellt	
unabhängige Variablen	Korrelationen (r)	Regressionsmodell (standardisiertes Beta)
Unzufriedenheit mit DDR	,24**	,19*
Beurteilung der DDR als Unrechtsstaat	,17*	
19 Jahre deutsche Einheit für Wittenberg eher Gewinn	,29**	
Gesellschaft bietet heute mehr Chancen als 1989	,39**	,24**
19 Jahre deutsche Einheit persönlich eher Gewinn	,36**	,26**
Unterscheidung in Osis und Wesis spielt keine Rolle	,24**	
Angepasstes R ² N (einbezogene Fälle)		,22** (132)

Tabelle 9

Ausgehend von den Ergebnissen der Korrelationstests ergeben sich für jede der theoretischen Begründungen Anhaltspunkte, wobei die Unzufriedenheit mit der DDR tendenziell den geringsten Einfluss auf die Frage der inneren Einheit hat. Im Regressionsmodell besitzen nur noch drei der sechs Determinanten signifikante Erklärungsanteile. Den größten Einfluss auf Pro und Contra innere Einheit hat die persönliche Einheitsbilanz. Je eher sich Menschen als Gewinner der deutschen Vereinigung betrachten, desto eher werden sie der These zur inneren Einheit zustimmen. Nur wenig schlechter erklärt die Überzeugung zu den Chancen des heutigen Gesellschaftssystems die Haltung zur inneren Einheit. Den geringsten Erklärungsanteil im Modell besitzt die Unzufriedenheit mit der DDR, wobei

sich der Abstand zu den anderen Determinanten im Vergleich zur Korrelationsanalyse verringert hat. Damit bestätigt sich jeder der drei oben aufgestellten Begründungszusammenhänge, wenn auch jeweils nur anhand einer der in Betracht gezogenen Kriterien. Die sozio-demografischen Merkmale Alter, Geschlecht, Ausbildungsabschluss und Beschäftigungsstatus haben allesamt keinen signifikanten Einfluss.

Abschließend kann also festgehalten werden, dass **die befragten Wittenberger die innere Einheit zwischen Ost- und Westdeutschland um so eher verwirklicht sehen, je stärker sie sich persönlich als Gewinner der deutschen Einheit betrachten, je größere Chancen sie im heutigen Gesellschaftssystem im Vergleich zur Situation von 20 Jahren sehen und je kritischer sie die DDR bewerten.**

Wie erklärt sich das Urteil vieler Befragter, dass 19 Jahre deutsche Einheit für Wittenberg mehr Vorteile als Nachteile brachten?

Die überwiegende Mehrheit der Befragten (76,6 %) ist der Ansicht, dass Wittenberg von der deutschen Einheit bis heute mehr profitiert als verloren hat. Angesichts der vielfältigen und teils widersprüchlichen Veränderungen fragt es sich, welche Entwicklungen nun konkret zu diesem Urteil geführt haben. Ist es die Erneuerung der Infrastruktur, ist es die Verbesserung der Umweltsituation, oder ist es allgemein die Erleichterung darüber, dass DDR-System überwunden zu haben? Wie verhält sich die Beurteilung der Arbeitsplatzsituation und der gesellschaftlichen Integration, die als problematische Ergebnisse der Wiedervereinigung betrachtet werden, zum insgesamt positiven Befund für Wittenberg?

Beim Blick auf die Korrelationsanalyse (vgl. Tabelle 10) fällt auf, dass nicht jede der acht in Frage kommen Erklärungsvariablen in signifikantem Zusammenhang zur Bilanz für Wittenberg steht. Das ist zunächst für die Beurteilung des Miteinanders unter den Wittenbergern der Fall. Weiterhin bleibt die Veränderung von Kultur und Freizeitqualität ohne signifikanten Einfluss auf die Bilanz für Wittenberg. Alle anderen Erklärungsvariablen stehen in mehr oder weniger starkem Zusammenhang zum Urteil über die Entwicklung von Wittenberg seit der deutschen Einheit.

Werden die Erklärungsvariablen nun in das Regressionsmodell integriert, dann dünnt sich das Feld der Prädiktoren weiter aus. Den größten Erklärungsanteil hat nun die Bewertung der DDR. Je unzufriedener die Befragten im Rückblick mit der Situation in der DDR sind, desto positiver bewerten sie die Bilanz Wittenbergs im Jahr neunzehn der deutschen Einheit. Die zweitgrößte Erklärungskraft besitzt die Verringerung der Umweltbelastung. Angesichts des oft geringen Stellenwertes von Umweltfragen überrascht die Deutlichkeit dieses Befunds. Darüber hinaus gewinnt im Regressionsmodell das empfundene Miteinander gegenüber der Korrelationsanalyse an Erklärungskraft. Offensichtlich besteht zwischen der Einschätzung des Miteinanders und der Bilanz für Wittenberg ein Zusammenhang,

der jedoch erst unter dem Einfluss dritter Variablen sichtbar wird. Schließlich trägt auch die Einschätzung des sich positiv veränderten Stadtbildes zu einem positiven Gesamturteil bei.

Ursachen für Ansicht, Vorteile überwiegen Nachteile der deutschen Einheit für Wittenberg Korrelation, Regressionsanalyse		
abhängige Variable unabhängige Variablen	überwiegend Vorteile für Wittenberg	
	Korrelationen (r)	Regressionsmodell (standardisiertes Beta)
positive Veränderung Stadtbild	,29**	,18*
positive Veränderung Infrastruktur/Wohnsituation	,27**	
positive Veränderung Kultur und Freizeit	,15	
positive Veränderung Umweltbelastung	,32**	,22*
positive Veränderung Wirtschaft und Arbeitsplätze	,21*	
positive Veränderung des Stadtimoges	,28**	
positive Veränderung des Miteinanders	,14	,21*
Unzufriedenheit mit DDR	,27**	,24**
Angepasstes R ² N (einbezogene Fälle)		,21** (109)

Tabelle 10

Für uns stellt sich nun die Frage, weshalb sich die von vielen kritisch beurteilte Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen nicht in der Einschätzung über Wittenberg widerspiegelt. Eine Vermutung ist, dass der Abbau von Arbeitsplätzen eher mit überörtlichen Entwicklungen in Verbindung gebracht und nicht der Stadt Wittenberg angelastet wird. Setzt man die wahrgenommene wirtschaftliche Entwicklung in Zusammenhang zur Einschätzung der gesellschaftlichen Chancen, so bestätigt sich diese Vermutung. Der Korrelationskoeffizienten von 0,27** liegt erkennbar über dem Zusammenhangsmaß zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Bilanz für Wittenberg.

Insgesamt kann also festgestellt werden, dass **die Bilanz für Wittenberg um so positiver ausfällt, je unzufriedener die Befragten im Rückblick mit der DDR waren, je zustimmender sie sich über die Veränderung der Umweltsituation äußern, je positiver sie die Veränderung des Miteinanders in der Stadt bewerten und je zufriedener sie sich mit der Veränderung des Stadtbildes zeigen.** Einschränkend muss jedoch festgehalten werden, dass unsere Ursachenvariablen nur 21

Prozent der Varianz des Urteils über Wittenberg erklären. An dieser Stelle zeigen sich die Grenzen unserer Befragung, die nur einen kleinen Ausschnitt aus Gegenwart und Vergangenheit der Stadt Wittenberg erfassen konnte.

3. Resümee

Das Erinnern an die Friedliche Revolution ist für die befragten Wittenberger eher von geringem Interesse. Selbst unter jenen, die sich im Herbst 1989 aktiv an den Protestaktionen beteiligt haben, spricht sich nur eine Minderheit für ein stärkeres öffentliches Gedenken aus. Im Gegensatz dazu wird eine stärkere Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit durchaus befürwortet. Wäre dies ein Zeichen purer Ostalgie, so könnte das zu denken geben. Wie unsere Befunde weiter zeigen, korreliert die Befürwortung der stärkeren Auseinandersetzung mit der DDR mit der Zustimmung zum Unrechtsstaatsbegriff. Die Forderung der DDR-Aufarbeitung könnte daher auch aus einer kritischen Haltung zur bisherigen, teils folkloristischen Aufarbeitungspraxis herrühren.

Ganz überwiegend ziehen die befragten Wittenberger eine positive Bilanz von 19 Jahren deutscher Einheit. Das gilt sowohl persönlich wie auch mit Blick auf die Veränderungen in der Stadt Wittenberg. Einzig die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen sowie des Miteinanders der Menschen wird kritisch gesehen. Zu letzterem passt die Haltung eines Großteils der Befragten, die die untergegangene DDR als sozialen Staat betrachtet. Abgesehen von diesem positiven Votum, werden die „Errungenschaften“ der DDR jedoch illusionslos gesehen. Weder den politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten, der Reise- und Meinungsfreiheit, noch der Versorgungssituation kann die Mehrheit der Befragten etwas Positives abgewinnen. Entsprechend äußert auch nur eine kleine Minderheit den Wunsch, wieder in der DDR zu leben.

Insgesamt hat die Untersuchung interessante Einblicke in die Einstellungen der befragten Wittenberger zur jüngsten deutschen Geschichte geliefert. Der Wert der Befragung ist vor allem explorativer Natur.